

können. So verstärkt das Dokument den Eindruck, aus Angst vor entsprechenden Forderungen im kirchlichen Binnenraum enthalte man sich jedes Hinweises auf ähnliche Entwicklungen im eigenen Bereich.

Dies wiederum wird Zweifel an der Entschlossenheit nähren, mit der sich die katholische Kirche für die Bejahung einer nachhaltig veränderten Stellung der Frau einsetzt. Diese Zweifel werden dadurch zusätzlich bestätigt, wie sehr in der Botschaft zur Feier des Weltfriedenstages die Erziehung, in diesem Fall die Friedenserziehung, dem Aufgabenbereich der Frau zugerechnet wird. Selbst wenn man berücksichtigt, daß de facto Frauen tatsächlich überwiegend diese Aufgabe wahrnehmen und daß ein an die gesamte Weltkirche adressiertes Schreiben nicht jede regionale bzw. ortskirchliche (Sonder-)Entwicklung im Blick haben kann, so wird die Selbstverständlichkeit, mit der Erziehungsaufgaben der Frau zugeordnet werden, und die geringe Berücksichtigung der Männer an dieser Stelle doch eher den Verdacht verstärken, die katholische Kirche komme von einer „überzeitlich“ begründeten, faktisch aber stark kulturell bedingten Vorstellung von der Aufgabenteilung zwischen Mann und Frau immer noch nicht los. *nt*

## Überfällig

„Zentralrat der Muslime in Deutschland“ gegründet

Eine bedeutende Schwachstelle bei der Wahrnehmung der Interessen von Muslimen in Deutschland (vgl. HK, Dezember 1992, 571 ff.) sowie bei den Beziehungen von Nichtmuslimen zu Muslimen ist die Frage, wer hierzulande als Sprecher der Muslime auftreten kann. Ob es um den islamischen Religionsunterricht geht (vgl. HK, November 1994, 580 ff.), die Anwendung der Kirchensteuerregelung auf die muslimische Gemeinschaft oder die mögliche

Anerkennung einer Vertretung der Muslime als Körperschaft des öffentlichen Rechts – an den unterschiedlichsten Stellen erweist sich der bisher unzureichende Organisationsgrad der Muslime in Deutschland als Hemmschuh.

Nun haben die Muslime einen Schritt zur Schaffung einer gestärkten und autorisierten Vertretung in Deutschland unternommen. Der bisherige „Islamische Arbeitskreis in Deutschland“ beschloß am 27. November vergangenen Jahres, sich in „Zentralrat der Muslime in Deutschland“ (ZMD) umzubenennen. Die alte Bezeichnung sei der Bedeutung des Gremiums nicht mehr gerecht geworden. Der ZMD soll die Aufgabe eines Dialog- und Ansprechpartners für den deutschen Staat, die Verwaltung und die anderen Gruppen der Gesellschaft wahrnehmen.

Als „Zentralrat der Muslime in Deutschland“ könne sich, heißt es in einer aus Anlaß der Umbenennung abgegebenen Stellungnahme, „dieser Spitzenverband auch vor einer breiteren Öffentlichkeit eindeutiger als eine verbindliche Institution darstellen“. Nach eigenen Angaben gehören dem ZMD 15 Dachorganisationen mit insgesamt mehr als 1200 Gemeinden an, in denen etwa 70 Prozent der in Deutschland lebenden etwa zwei Millionen Muslime organisiert sind. Vorsitzender des ZMD ist der Aachener Mediziner *Nadeem Elyas*.

Der ZMD vertritt längst nicht alle Muslime in Deutschland, wobei die genauen Zahlenverhältnisse umstritten sind. Die Gruppierungen, die dem ZMD nicht angehören, sind Mitglieder des „Islamrat“, darunter auch die Islamische Gemeinschaft *Milli-Gürüs* und andere. Eine nur teilweise Mitgliedschaft im ZMD praktiziert die dem Amt für religiöse Angelegenheiten der Türkei nahestehende „Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion“.

Eine wichtige Aufgabe wird daher darin bestehen, die Stellung des ZMD innerhalb der muslimischen Gemeinschaft in Deutschland zu festigen. Nach außen muß es für den ZMD darum gehen, Ängste der nicht-muslimischen Bevölkerung gegenüber dem Is-

lam überhaupt und den Muslimen in Deutschland im speziellen abzubauen zu helfen.

Einige der jüngsten Initiativen zeigen die Richtung an. Noch als Islamischer Arbeitskreis solidarisierte man sich mit den Kirchen und der christlichen Bevölkerung in Deutschland bei der Diskussion um die Abschaffung des Buß- und Betttags. Die „Opferung von Kulturgut und religiöser Tradition zu Gunsten von wirtschaftlichen Interessen“ sei eine „gefährliche und besorgniserregende Tendenz, die von keinem Gläubigen und keiner religiösen Gruppe einfach hingenommen werden“ dürfe, heißt es in einer Stellungnahme vom 18. November 1994.

Einen Vorgeschmack auf die komplizierte Materie sich verfestigender islamischer Strukturen in Deutschland gibt eine Stellungnahme des ZMD vom 17. Januar 1995 zu der vom nordrhein-westfälischen Kultusminister vor kurzem angekündigten schrittweisen Ausweitung der sogenannten „islamischen Unterweisung“ und „Religionskunde“ auf die Schulklassen 5 bis 7, und zwar als freiwilliger Bestandteil zum landeskundlichen Unterricht in der Muttersprache.

Über den landeskundlichen Ergänzungsunterricht, so der ZMD, habe man nur einen relativ geringen Anteil der türkischen Kinder erreicht. Außerdem wird eingewandt, jede fremde Sprache sei für die Schulaufsicht „weder durchschaubar noch kontrollierbar“ und werde im Schulalltag „die Einschleusung nationalistischen und gesellschaftsfeindlichen Gedankenguts ermöglichen“. Schließlich fordert man eine angemessene Beteiligung bei der Erstellung des islamischen Lehrplanes. Das eigene Konzept eines islamischen Religionsunterrichts wird umschrieben als „deutschsprachige wertorientierte Unterweisung muslimischer Kinder in die Grundsätze und Praxis ihrer Religion“.

Gewicht und Komplexität dieser Materie hätten es verdient, wenn sich in Deutschland eine Struktur herausbilden würde, die als repräsentativer Sprecher der Muslime aufzutreten in der Lage wäre. *nt*